Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3324**
15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

Eine neue Ernährungs-Bewegung für Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) „Diet, nutrition and the prevention of chronic deseases" aus dem Jahre 2003 hat zu einer breiten Diskussion über Ernährungsfragen geführt. Auf der Basis dieses Berichts hat die WHO auf ihrer Jahresversammlung am 22. Mai 2004 in Genf den Vorschlag einer globalen Strategie zur Verringerung chronischer Erkrankungen wie Fettleibigkeit verabschiedet. Die Empfehlungen richten sich an die Mitgliedstaaten, an nichtstaatliche Organisationen und an die Wirtschaft. Schätzungen der WHO gehen davon aus, dass bereits 2040 in etwa die Hälfte der Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten krankhaft übergewichtig sein wird. In Deutschland wird jedes fünfte Kind und jeder dritte Jugendliche als „zu dick" eingestuft. Ziel der WHO-Strategie ist es, den Trend der ständig steigenden Zahl chronischer, ernährungsbedingter Erkrankungen zu stoppen. Dazu unterbreitet die WHO konkrete Handlungsmaßnahmen:

– die Lebensmittelwirtschaft wird aufgefordert, mit ihren Produkten und ihrer Werbung zu einer gesunden Ernährungsweise beizutragen. Dazu wird vorgeschlagen, den Gehalt an Fett, Salz und Zucker in bereits bestehenden Produkten zu reduzieren sowie dem Verbraucher Informationen für eine informierte Entscheidung zur Verfügung zu stellen;

– alle gesellschaftlichen Gruppen bei der Förderung gesunder Ernährung und Bewegung einzubeziehen;

– die Durchsetzung der Ziele erfolgt u. a. durch Steuern und Subventionen.

Adipöse Kinder und Jugendliche leiden nicht selten unter Erwachsenen-Erkrankungen (z. B. Bandscheibenleiden, erhöhte Insulin- und Blutfettwerte,

Bluthochdruck, Diabetes), hinzu kommen psychosomatische Probleme, wie Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper, soziale Ablehnung, Hänseleien in der Schule und ein geringes Selbstwertgefühl. Die Wissenschaft sieht multikausale Faktoren als Ursachen von Übergewicht, wobei die Schwerpunkte zum einen in der genetischen Disposition und zum anderen im sozio-ökonomischen Bereich liegen. Das soziale Umfeld, die häusliche und familiäre Situation, ein niedriges Einkommen sowie vielfach die hohe Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit und eine mangelhafte Bildung spielen für das Vorkommen von Übergewicht die entscheidende Rolle. Diese Umstände führen vielfach zu einem insgesamt gesundheitlich problematischen Lebensstil, der sich vor allem auch in einer mangelnden körperlichen Bewegung im Kindes- und Jugendalter zeigt. Damit einher geht oftmals ein an den verminderten Energieverbrauch nicht angepasstes Ernährungsverhalten, dass auch mitursächlich für die Entstehung von Übergewicht sein kann. Dieses nicht angepasste Ernährungsverhalten stellt einen wesentlichen Faktor als Ursache von Übergewicht dar. Das einzelne Lebensmittel spielt als solches keine Rolle. Es wäre wissenschaftlich nicht zulässig, einzelne Produkte aus der großen Angebotsvielfalt für das Problem verantwortlich zu machen. Entscheidend ist vielmehr die Menge, Auswahl und Kombination von Lebensmitteln.

Die modernen Lebensbedingungen haben zu einer Verringerung der körperlichen Aktivitäten geführt: Heute bewegen sich Erwachsene, Jugendliche und Kinder im Alltag deutlich weniger als früher. Die Energieaufnahme hat sich dieser Entwicklung nur unzureichend angepasst. Bei gleich bleibender Energieaufnahme führt dies zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht zwischen Energieaufnahme und -verbrauch.

Bereits heute leisten die Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft mit einem vermehrten Angebot an Kalorien reduzierten Produkten im Rahmen ihres Portfolios, einer verstärkten Ernährungs- und Verbraucherinformation und einer Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten zur Erforschung der Ursachen und Möglichkeiten der Prävention von Übergewicht einen wichtigen Beitrag. Diese Anstrengungen müssen konsequent fortgesetzt werden.

Zugleich wächst die Zahl der magersüchtigen Jugendlichen. Vor allem Mädchen sind von Magersucht betroffen, doch ist auch die steigende Zahl magersüchtiger Jungen alarmierend. Schon in jungen Jahren werden Diäten durchgeführt, die meist nicht auf wissenschaftlicher Basis entwickelt werden und für den Nährstoffbedarf von Erwachsenen vorgesehen sind. Magersucht und Bulimie wie auch andere Essstörungen sind Ausdruck einer psychischen Erkrankung, die sich in einem krankhaft veränderten Ernährungsverhalten wie auch eines gestörten Verhältnisses zum eigenen Körper niederschlägt. Erst in langwierigen Therapien, die während der Schulbildung und der Teilnahme am Erwerbsleben nur sehr eingeschränkt möglich sind, können die Betroffenen wieder ein normales Essverhalten erlernen.

Neben gesundheitsbezogenen Kosten, die durch Essstörungen wie Adipositas oder Magersucht hervorgerufen werden, dürfen auch die volkswirtschaftlichen Kosten nicht außer Betracht bleiben. Durch Gesundheitsschäden und psychische Probleme wird die Arbeitsleistung der Betroffenen erheblich gemindert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

– neben dem gesetzlichen Verbraucherschutz verstärkt auf Eigeninitiative, Wettbewerb und Marktöffnung zu setzen. Das Urteilsvermögen informierter Verbraucher, Transparenz und Produktvielfalt leisten einen entscheidenden Beitrag zu einem effektiven Verbraucherschutz. Sachliche Information, Aufklärung und Wettbewerb sind die wesentlichen Elemente der Verbraucherpolitik;

– sich für eine grundlegende Überarbeitung der Vorschläge der EU-Kommission über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben und über den Zusatz von Vitaminen und Mineralien einzusetzen. Deutschland muss auf nationale Sonderwege verzichten. Notwendig ist eine einheitliche europäische Verbraucherpolitik mit Augenmaß, die eine gleiche Anwendung des europäischen Verbraucherschutzrechtes in Europa gewährleistet;

– den eingeschlagenen Kurs der einseitigen politischen Steuerung des Konsums zu beenden und zu korrigieren. Er führt zu einer Bevormundung der Verbraucher und einer zusätzlichen Bürokratisierung des Wirtschaftslebens, die die Unternehmen mit weiteren Kosten belastet. Dirigistische Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, wie z. B. Werbeverbote, sind abzulehnen. Selbstverpflichtungen der Industrie sind zu begrüßen. Pauschale Forderungen der rot-grünen Bundesregierung zur Reduzierung des Gehaltes an Fett, Salz und Zucker und hinsichtlich der Werbung oder bestimmter Vermarktungspraktiken insbesondere gegenüber Kindern sind abzulehnen;

– einem Fonds, in den die Lebensmittelwirtschaft einbezahlt, über dessen Verwendung die Politik oder bestimmte gesellschaftliche Organisationen bestimmen sollen, eine Ablehnung zu erteilen. Das von der Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegte Verbraucherinformationsgesetz schafft keine höhere Transparenz für die Verbraucher. Vielmehr entstehen für die Unternehmen zusätzliche Kosten und Bürokratie. Entsprechende Initiativen sind daher abzulehnen;

– die Forschung zu den Ursachen der Entwicklung von Übergewicht zu intensivieren und eine nationale Verzehrsstudie vorzulegen. Daraus ist eine ganzheitliche Strategie auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Bekämpfung von Übergewicht und Essstörungen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Nur so kann man dem Thema Übergewicht als einem multifaktoriellen Problem gerecht werden. Die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sind einzubinden;

– die Angebote an Familienbildung für eine gesunde Ernährung von Kindern und Erwachsenen auszudehnen. Initiativen wie „5 am Tag“, an denen sich gesellschaftliche Gruppen insbesondere die Träger von Bildungseinrichtungen, der Handel, Krankenkassen und Landesregierungen beteiligen, sind zu fördern und weiterzuführen;

– gemeinsam mit den Ländern Sorge zu tragen, dass das Informations- und Bildungsangebot in Kindergärten und Schulen im Hinblick auf Ernährung, Hauswirtschaft und Gesundheit verstärkt wird;

– die Rahmenbedingungen für Bewegungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen zu verbessern sowie außerschulische Sportaktivitäten zu fördern. Damit soll die Bundesregierung der Erkenntnis Rechnung tragen, dass die Förderung der Sportvereine und ihrer Angebote insbesondere für Jugendliche nicht nur eine überragende soziale und gesellschaftliche Funktion erfüllt, sondern auch zu gesundem Bewegungsverhalten beiträgt. Kampagnen wie „Sport tut Deutschland gut“ müssen auch in Zukunft besonders unterstützt werden.

III. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder

– in den Schulen die Einhaltung der verbindlich vorgeschriebenen Anzahl von Sportstunden sowie Sportförderunterricht für Kinder und Jugendliche mit körperlichen Leistungsschwächen und sportmotorischen Defiziten in sinnvoller Weise zu gewährleisten und die Erkenntnis umzusetzen, dass schulische Lernleistungen und auffälliges psycho-soziales Verhalten bei Schülern oft sehr eng mit körperlichen Entwicklungsrückständen und motorischen Defiziten korreliert;

– beim Ausbau und Betrieb von Ganztagsschulen und Kindertagesstätten gemeinsam mit Kommunen für ein gesundes Verpflegungs- und zusätzliches Bewegungsangebot Sorge zu tragen und insbesondere Kooperationen mit Sportvereinen zu unterstützen.

Berlin, den 16. Juni 2004

Hans-Michael Goldmann
Dr. Christel Happach-Kasan
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Otto Fricke
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Eberhard Otto (Godern)
Cornelia Pieper
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333